

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Italien

Was seit Monaten vorauszu sehen war, ist eingetreten: Italien hat den Dreibundvertrag gebrochen und ist in die Reihen unserer Feinde eingetreten.

Wohl noch nie ist ein Volk so verbrecherisch von einer gewissenlosen Regierung und einer ebenso gewissenlosen, von französischem und englischem Gelde besprochenen Presse in einen Krieg getrieben worden, wie das italienische. Was sich in den letzten Wochen in Italien ereignet hat, ist für uns Deutsche so unfassbar, daß wir versucht sind, an der geistigen Gesundheit dieses Volkes zu zweifeln. Aus Recht wird Unrecht, aus Treue Untreue, aus Ehre Unehre, aus Vernunft Unvernunft. Wer es wagte, gegen dieses künstlich erzeugte Massenelirtum anzugehen, riskierte Leben und Gesundheit.

Am 20. Mai vor 33 Jahren wurde der Dreibund zwischen Deutschland, Oesterreich und Italien abgeschlossen. Er war das Werk bismarckischer Staatskunst. Mit Preußens Hilfe hatte Italien seine innere Einheit und seine nationale Geschlossenheit bis auf Bruchteile erlangt. Das vollzog sich unter Kämpfen gegen die eigenen Kleinstaaten, sowie gegen Frankreich und Oesterreich. Reste von Gebietsstücken mit italienisch sprechender Bevölkerung blieben bei Frankreich (Nizza und Savoyen), Oesterreich (Trient und Triest) und der Schweiz (Kanton Tessin), und England (die Insel Malta). Die sogenannte Irredenta verkörpert jene politische Bestrebung, die auf die Abtrennung dieser Gebietsstücke von den genannten Staaten und ihrer Vereinigung mit Italien hinarbeitet. Diese irredentistischen Bestrebungen machten sich besonders nach der deutschen Seite hin bemerkbar. In Oesterreich erblickten die Italiener überhaupt so eine Art Erbfeind, was sie aber nicht hinderte, mit ihm ein Bündnis einzugehen, so lange ihnen das vorteilhaft erschien.

Unter der Herrschaft des Dreibundes hat sich Italien günstig entwickelt und stärken können. Sein Eintreten in die Reihe der Großmächte und sein politischer Einfluß beruhte nur auf diesem Bündnis. Dabei war es ein unsicherer Kantontist, der nur deshalb bei uns blieb, weil er von uns den größten Vorteil erwartete, nämlich der Befestigung seiner Stellung im Mittelmeer und der Erweiterung seines Besitzes in Nordafrika. Seine zweifelhafte Haltung wurde etfichtlich bei der Agadir-Konferenz, wo es sich auf die Seite Englands und Frankreichs schlug, ferner bei dem Tripoliskrieg, den es gegen die uns damals eng befreundete und heute mit uns im Bunde stehende Türkei vom Saune brach.

Bei Ausbruch des jetzigen Krieges erfüllte Italien seine Bündnispflicht nicht. Zur Rechtfertigung berief es sich darauf, Oesterreich habe Serbien den Krieg erklärt, ohne Italien zu verständigen, der Dreibundvertrag aber sehe vor, daß dies zu geschehen habe, wenn eine Verschiebung der Machtverhältnisse in den Balkanländern damit verknüpft sei. Oesterreich aber hatte vorher erklärt, daß es keine Gebietsverweiterung auf Kosten Serbiens erstrebe. Italien erklärte seine Neutralität, was den Franzosen ermöglichte, ihre Truppen von der italienischen Grenze fortzunehmen und sie in der Marne-Schlacht, die zu unserem Rückzug führte, einzusetzen. Oesterreich dagegen mußte infolge der zweifelhaften Stellung seines „Bundesgenossen“ starke Truppenverbände in seiner nach Italien gerichteten Grenze belassen, die so notwendig am nördlichen Kriegsschauplatz zu brauchen gewesen wären. Denn jonderbarer Weise verstärkte das Band, das seiner Bündnispflicht nicht genügte und seine Neutralität erklärte, seine militärische Rüstung in einer Weise,

die mit ihrer Spitze nur gegen Oesterreich gerichtet sein konnte.

Das offenbarte sich denn auch bald. Italien stellte an Oesterreich Forderungen, die mit der Zeit sich immer mehr vergrößerten, je weiter die Russen in Galizien vorrückten und je mehr die italienische Regierung Oesterreich geschwächt glaubte. Oesterreich machte Angebote, von denen sich die Italiener noch vor kurzer Zeit in ihren kühnsten Phantasien nichts hatten träumen lassen. Sie wurden von ihnen aus- geschlagen, dagegen aber Forderungen gestellt, die, wenn sie angenommen wurden, Oesterreich in seinem innersten Lebensnerv treffen und aus der Reihe der Großmächte streichen mußten.

Es kann heute gesagt werden, daß Oesterreich nur irgendwie geartete Abwertigungen machen konnte, angenommen wären sie nicht worden. Italien, oder sagen wir besser, die freimaurerische Regierung wollte den Krieg unter allen Umständen. Die italienische Freimaurerei steht unter dem Einfluß der französischen Loge, das besagt alles. Kirchenfeindlich und republikanisch gesonnen hatten beide die monarchisch gerichteten Zentralmächte Oesterreich und Deutschland als die beiden stärksten Bollwerke des monarchischen und christlichen Staatsgedankens. Dazu ein ungezügelter Haß gegen alles deutsche und die ver- letzte Eitelkeit, trotz Aufbietung fast der halben Welt, uns nicht niederringen zu können. Und daher wurde das italienische Volk künstlich fanatisiert, die Straße richtete eine Pöbelherrschaft auf, vor der das italie- nische Parlament, die „Volksvertretung“, schmählichst kapituliert. Hätte die Regierung anders gewollt, wäre es ihr ein leichtes gewesen, die Kabaunmacher niederzuhalten.

Und ein König brach einen Eid. Das ist das schmählichste an allem.

Am widerwärtigsten unter allen Verbrechern gilt der Verräter. Das scheint den Italienern im Blut zu liegen. Wir haben sie nicht anders als Strei- brecher kennen gelernt. Wie sie in tausenden Fällen bei Lohnkämpfen Erpresserdienste an uns geleistet haben, so jetzt die ganze Nation an Oesterreich. Hinterlistig wie der Strosch am Wege lauerten sie Oesterreich auf, und als sie glaubten, es sei genügend geschwächt, hoben sie den Dolch zum Stich. Darin offenbart sich auch eine ungeheuerer Feigheit. Und diese treulosen Gesellen wagen sogar noch von Ver- teidigung der Zivilisation und des verletzten Rechts gegenüber Deutschland und Oesterreich zu reden, dieses Volk der Drehorgelspieler, der Wärenführer und der Verräterei.

Wir Deutsche stehen dem fassungslos gegenüber, d. h. wir finden keinen Maßstab für solviel Unmoral und Schlechtigkeit. Da kommt man wahrhaftig zu dem Schluß, am deutschen Wesen soll noch einmal die Welt genesen. Treue und Glauben, Ehre und Auf- richtigkeit haben bei uns noch eine Heimstätte. Man schraubert, wenn man in den italienischen Abgrund hineinsieht. Ein so treuloses Volk hat kein Recht auf Existenz.

Und was werden wir tun? Dem Verräter den Tod! Das gilt seit allen Zeiten. Das wird ein Sturmzeichen sein für das deutsche Volk. Alles wird sich vereinen in dem brennenden Wunsch: Ver- geltung für den Verrat. Und auf den Lippen der Millionen, die draußen im Felde stehen und die noch daheim sind, schwebt nur der eine Wunsch, gegen das treulose italienische Volk kämpfen zu dürfen. Wenn je deutsche Hiebe geführt worden sind, dann werden sie es hier sein. Wir nehmen auch noch den Italiener mit auf die Schippe. Am Ausgang des Krieges soll Italien nichts ändern, dafür wird deutscher Jörn und deutsche Laikraft sorgen. Wohl wissen wir, daß damit der Krieg verlängert wird,

und daß Hunderttausende mehr ihr Leben opfern müssen. Das fordert neue große Opfer von uns; Gott wird uns die Kraft geben, sie zu tragen. Und nun mit Zubersticht und Gottvertrauen an den neuen Feind, den italienischen „Bundesbruder“.

Imperialismus, Welthandel und Arbeiterschaft

III.

Unsere Industrie ist nicht nur hinsichtlich ihres Warenabfahes, sondern auch hinsichtlich ihrer Roh- stoffbeschaffung auf das Ausland angewiesen. Naum ein Gewerbe kann ohne ausländische Rohstoffe leben. Mehr als die Hälfte unserer gesamten Einfuhr ent- fällt auf industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate. Allein die deutsche Textilindustrie verbraucht im Jahre 1913 für 1615 Millionen Mark Rohstoffe und Halbfabrikate aus dem Auslande, das ist fast ein Sechstel unserer Gesamteinfuhr. An Kupfer und Zinn verbrauchten wir im gleichen Jahre für 300,5 Mil- lionen, an Kautschuk, Guttapercha und Balata für 146,8 Millionen, an Häuten und Fellen 601,3 Mil- lionen Mark. Von den vielen anderen industriellen Rohstoffen gilt nicht zu reden.

Nach unsere industriellen Rohstoffe müssen wir damit bezahlen, daß wir sie in unseren Fab- riken zu Fertigwaren verarbeiten und diese dann an das Ausland zu einem höheren Preise verkaufen, als uns die Rohstoffe kosteten. So gelingt es uns, nicht Schuldnere, sondern Gläubiger zu sein. Die meisten unserer industriellen Rohstoffe beziehen wir von Uebersee, aus Ländern mit kolonialer Wirtschaft und leider zum sehr erheblichen Teile aus solchen Kolo- nien, die selbst oder deren Mutterland mit uns im Kriege stehen. Kautschuk und Guttapercha aus africa- nischen Kolonien Englands, Frankreichs oder Bel- giens, Wolle aus Britisch-Südafrika und Australien, Baumwolle außer Amerika aus Britisch-Indien und Ägypten, Zute aus Britisch-Indien, Seide aus Japan, Flach aus Rußland usw. Wie verhängnis- voll diese Abhängigkeit für uns sein kann, zeigt sich in diesem Kriege. Ganze Industriezweige ruhen wegen Mangel an Rohstoffen, bei dem der Arbeiter selbst bei alleräußerster Anstrengung nicht auf einen ordentlichen Lohn zu kommen vermag. Nun macht sich in der Versorgung unserer Industrie eine stets größer werdende Spannung zwischen Her- stellung und Verbrauch bemerkbar. Der Be- darf in den alten Industrieländern wächst von Jahr zu Jahr, es treten außerdem neue Industrieländer als Käufer auf den Markt, dabei verbrauchen die Länder mit eigener Rohstoffproduktion eine immer größer werdende Menge des eigenen Vorrats in den eigenen Fabriken. Diese Entwicklung hat vor allem in der Versorgung der europäischen Baumwollindus- trie wiederholt zu scharfen Krisen und zu einer be- deutenden Steigerung der Rohbaumwollpreise ge- führt. In Britisch-Indien stieg die jährliche Erzeu- gung an Rohbaumwolle von 1898 bis 1909 um 46 1/2 Prozent, der Eigenverbrauch dagegen in dem- selben Zeitraume um nicht weniger als 156 1/2 Proz. Anfangs der 90er Jahre verarbeiteten die nord- amerikanischen Fabriken der 10 Millionen Ballen betragenen eigenen Ernte 2 Millionen Ballen in den eigenen Fabriken, im Jahre 1909 wurden be- reits 4 Millionen Ballen der 9 1/2 Millionen Ballen betragenen Ernte selbst verbraucht. Die Baumwoll- ausfuhr aus den Vereinigten Staaten Nordamerikas betrug 1870 70 1/2 Prozent der Ernte, 1908 nur noch 64 Prozent. Diese Spannung zwischen Vorrat und Verbrauch kann zwar durch größere Ergiebigkeit ein- zelner Ernten gemildert werden, nimmt aber im allgemeinen fortwährend zu, verbunden mit einem Anziehen der Preise.

Ist das nun alles für die Arbeiterschaft gleich- gültig? „Es kann einfach der Arbeiterschaft nicht gleichgültig sein“, schreibt der Leiter des literarischen

Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten die Kollegen: **Gebirder Johann und Nicolaus Havenith**, Mitglieder der **Zahlstelle Raeren, Stadtteure**. Unsern herzlichsten Glückwunsch.

Die Erhöhung der Versorgungsgrenze für Kartoffelverbraucher wünscht der Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen in einer Eingabe an den Bundesrat. Nach bisherigen Veröffentlichungen der Reichsstelle für Kartoffelversorgung sind als Einkommensteuerhöchstgrenze für die mit billigeren Kartoffeln zu versorgende „minderbemittelte Bevölkerung“ 2400 M in Aussicht genommen. Die Verhandlungen mit dem königlich-sächsischen Reichsausschuss für die Erhöhung der Einkommensteuer sind noch im Gange. Der Kriegsausschuss schlägt nun die Einbeziehung der Personen mit einem Einkommen bis zur 3000 M in die öffentliche Kartoffelversorgung vor. Dadurch würden etwa 3 Proz. der Gesamtbevölkerung mehr berücksichtigt werden. Nach Ansicht des Ausschusses sind auch die Einkommensteuerebenen von 2400 bis 3000 M bei der seit Kriegsbeginn bestehenden, auch in der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ angegebenen enormen Verteuerung der notwendigen Nahrungsmittel nicht besser, wenn nicht vielfach schlechter gestellt, als die tieferen Etagen. Denn gerade bei diesen Privatangehörigen, Beamten- und ähnlichen Kreisen spielen die aus allerhand Rücksichten nun einmal festliegenden hohen Ausgaben für Miete, Kleidung usw. im Haushaltsbudget eine so große Rolle, daß eine Mehraufgabe für Kartoffeln, wie sie nach den amtlich zugelassenen Zuschlägen zum Höchstpreise bis zu 4 M notwendig wäre, unmöglich wird, es sei denn durch eine Einschränkung des Konsums überhaupt, die gleichzeitig die Gefahr der Untereinerhaltung noch auszubehender Landsturmpflichtigen, also eine nationale Gefahr in sich schließt. Für den Fall, daß der Teil der Bevölkerung mit mehr als 3000 M Einkommen eine besondere Behandlung in der Kartoffelfrage nicht mehr rechtfertigen würde, schlägt der Kriegsausschuss den Fortfall jeder Einkommensgrenze vor.

Unangebrachte Bevormundung. Bekanntlich bekommt ein kleiner Teil Arbeiter auch einen geringfügigen Anteil der hohen Kriegsgewinne. Das sind vorwiegend die in der Kriegsindustrie Beschäftigten. Leider wird er zum weitaus größten Teil von der verteuerten Lebenshaltung verschlungen, zum Teil gleicht er den erhöhten Aufwand noch nicht einmal aus. Dieser Mehrverdienst ruft nun schon wieder Menschen auf den Plan, die sich Sorgen deshalb machen, was die Arbeiter damit anfangen, und ob sie sich nicht eine Lebensweise angewöhnen, die später abzulegen ihnen schwer fallen würde. Daher solle man einen gesetzlichen Sparzwang als vorübergehende Kriegsmaßregel einführen, wodurch ein Teil des Mehrverdienstes für die Zeit des niederen Verdienstes nach dem Kriege aufgespartet werde. Diesen Vorschlag macht allen Ernstes der fettere Reichstagsabgeordnete Dr. Posthof in der „Hilfe“. Die Arbeiter müssen sich eine derartige Bevormundung denn doch verbitten. So unvollständig sind unsere Arbeiter, von geringen Ausnahmen abgesehen, nicht, daß sie nicht selbst wissen sollten, was sie mit ihrem Mehrverdienst anzufangen haben. Man beschäftigt sich lieber damit, wie man zu einer umfassenden Besteuerung der hohen Kriegsgewinne gelangen kann.

Deutsche Arbeit. In der jetzigen Kriegszeit, in der alles darauf ankommt, die wirtschaftlichen Verhältnisse des Vaterlandes zu stärken und nicht unnötig bedeutende Summen ins Ausland fließen zu lassen, sollte man es für selbstverständlich erachten, daß auch beim Einkauf von Schreibmaschinen ausschließlich deutsche Fabrikate berücksichtigt werden. Es ist daher ganz unbegreiflich, daß immer noch eine ganze Reihe größerer Geschäftshäuser, Behörden und offizieller Körperschaften, ja, sogar die zum Zweck der wirtschaftlichen Verteidigung gegründeten Kriegsgesellschaften nach wie vor ausländische Schreibmaschinen anschaffen. Und dies nicht etwa auf Grund einer Qualitätsvergleiche, sondern lediglich aus alter, schlechter Gewohnheit, weil vielleicht eine Angestellte die betreffende Maschine gewohnt ist, oder aus Gedankenlosigkeit, einer besonders geschickten Akquisition eines Vertreters ausländischer Fabrikate nachgehend. Es handelt sich hier um Millionenwerte, die dem deutschen Volke entzogen werden, trotzdem die Erfahrung der Behörden und Geschäftshäuser, die bisher deutsche Maschinen benutzt haben, bewiesen hat, daß unsere deutsche Arbeit bei billigerem Preise mindestens ebenbürtig ist. So hat ja die deutsche Schreibmaschine in Friedenszeiten es sogar fertiggebracht, erfolgreich den südamerikanischen Markt in freier Konkurrenz zu erobern. Es bedarf zweifellos nur dieser Aufklärung, um die maßgebenden Stellen zu veranlassen, diese Millionen von Markt der vaterländischen Industrie zuzuführen, statt dem „neutralen“ Auslande in des Wortes ureigenster Bedeutung Waffen schmieden zu helfen.

Aus den christlichen Berufsorganisationen. Zu den Berufen, die durch den Krieg besonders hart betroffen wurden, gehört das Buchdruckergerwerbe. Die überaus große Arbeitslosigkeit im Anfang des Krieges hat manche Berufsangehörige gezwungen, in anderen Berufen ein Unterkommen zu suchen. Dazu dann die Einberufungen zum Heere, so daß ein starker Rückgang der Mitgliederzahlen wie der Einnahmen in den Buchdruckerorganisationen leicht erklärlich wird. Der **Gutenberg-**

bund hatte am Jahreschluss 1913: 3440 Mitglieder, Ende Juni 1914 2647, dagegen am 31. Dezember 1914 nur noch 2390 Mitglieder. Bis zu diesem Zeitpunkt waren 1130 Bundesmitglieder zum Kriegsdienst einberufen, bis zum Schluss des ersten Quartals 1915 1380 oder ein Drittel der Gesamtmitgliedschaft. Im letzten Jahre hat der Gutenbergbund für 59 055 Arbeitslosentage 104 795,80 M Unterstützung ausgezahlt. Ferner wurden für Unterstützungen aufgewandt: Krankengeld 41 119 M, Reiseunterstützung 2211 M, Invalidengeldzuschuß 14 819 M, dann noch für Sterbegeld, Anzugbeihilfen, Rechtschutz und Ertragsunterstützungen 3890 M; zusammen im Berichtsjahr 170 000 M. Hinzu kommen noch die Unterstützungen an die Familien der Kriegsteilnehmer im Betrage von 27 500 M, so daß der Gutenbergbund im Jahre 1914 insgesamt etwa 200 000 M an Unterstützungen ausgezahlt hat. Die Gesamteinnahmen aus Beiträgen betrugen 179 420,20 M. Der bei Ausbruch des Krieges eingeführte Extrabeitrag von 50 Pf. die Woche brachte eine Summe von 17 217 M bis zum Jahreschluss ein.

Starke Kriegswirkungen war auch das **Malergerwerbe** ausgeföhrt. Wie aus dem Jahresbericht des Zentralverbandes christlicher Maler und verwandter Berufsangehöriger zu ersehen ist, setzte sofort beim Kriegsausbruch eine bisher nie dagewesene Arbeitslosigkeit ein. Von den 4000 Mitgliedern trat sofort etwa ein Drittel unter die Waffen; von den übrigen Mitgliedern waren im zweiten Kriegsmonat 546 arbeitslos und etwa 200 zu anderen Berufen übergegangen. Am Jahreschluss betrug die Zahl der Arbeitslosen noch 367. Diese Lage des Gewerbes legte es den Hilfsorganisationen nahe, ihre Hauptarbeit während des Krieges auf die Arbeitslosenfürsorge und auf die Arbeitsbeschaffung zu konzentrieren. Letzteres geschah im Einvernehmen mit den Arbeitgeberorganisationen in der sogenannten Arbeitsgemeinschaft. Am Jahreschluss standen von den Mitgliedern des Verbandes christlicher Maler 1851 — also bald die Hälfte — unter den Waffen. Die Klassenverhältnisse stehen naturgemäß ebenfalls unter der Einwirkung des Krieges. Die Einnahmen des Zentralverbandes christlicher Maler im Jahre 1914 betrugen 61197,48 M, die Ausgaben 71 035,86 M. Letztere übersteigen mithin die Einnahmen um 9338,38 M, was auf die Mehraufwendungen für Arbeitslose und Familien der Kriegsteilnehmer zurückzuführen ist. Das Gesamtvermögen des Verbandes belief sich am Jahreschluss auf 29 257,30 M. Der Jahresberichterstatler verzeichnet mit Genugtuung das einträgliche Zusammenwirken von Arbeitgeberverbänden und Hilfsorganisationen zur praktischen Betätigung der Gewerkesolidarität.

Tagung des Haupttarifamtes

Am 14. Mai d. J. tagte das Haupttarifamt in Dresden. Der Tagung lagen 13 Streitfälle zugrunde, zur Entscheidung kam kein einziger davon. Das hatte seinen Grund in Meinungsverschiedenheiten über die Anwendbarkeit des Tarifvertrags und des Vetoschiedspruchs auf das gesamte Betongewerbe. Inwieweit besteht heute die Möglichkeit unter den Parteien, das sämtliche Verbot über Hoch- und Tiefbau, unter den Tarifvertrag fallen. Die Streitfrage liegt nur bei den Erdbauarbeiten, soweit sie zur Vorbereitung von Betonbauten dienen. Für den Erdbau ist diese Frage geklärt, aber eben deshalb, weil nur die Rede vom Hochbau ist, bezweifeln die Arbeitgeber die Anwendbarkeit auf den Tiefbau. Gewiss mag die Fassung für den Tiefbau schwieriger sein, hier muß eben die Praxis schmeichelnd sein. Die Herren Unparteiischen waren der Auffassung, daß auch die Erdbauarbeiten, die zur Vorbereitung von Betonbauten dienen, unter den Vertrag fallen. Als es darüber zur Abstimmung kommen sollte, zogen die Arbeitgeber ihren Antrag zurück; die Frage sei von zu weitgehender Bedeutung und sie müßten sich erst mit den Vertretern des Erdbauwerkes verständigen. Die Arbeitervertreter erklärten die Zurückziehung für unzulässig, da das Haupttarifamt sich bereits in der Abstimmung befunden hätte, auch das, was die Arbeitgeber des Bau- und Betongewerbes mit dem Tiefbaugewerbe vereinbaren würden, die Entscheidung in des Haupttarifamtes nicht beeinflussen dürfe, da das Tarifbaugewerbe außerhalb des Vertrags stünde. Da eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, wurde die Angelegenheit vertagt, ebenso alle übrigen Punkte, die von mindere wichtiger Bedeutung waren.

Die Kriegstagung der deutschen Verbraucher

Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich die am Sonntag, den 16. Mai, in der Viktoriabrauerei, Sükhovstraße zu Berlin, vom Kriegsausschuss für Konsumenteninteressen abgehaltene Konferenz. Die dem Ausschuss angeschlossenen 60 Zentralorganisationen der Arbeiter, Angestellten, Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten, Frauen und verschiedener gemeinnütziger sozialpolitischer Vereinigungen aus sämtlichen politischen, religiösen und nationalen Lagern, ferner die am Siege der Generalkommandos und sonstigen bedeutenden Orten bestehenden Bezirksausschüsse hatten ihre Delegierten entsandt. Als Gäste bemerkte man u. a. Prof. Dr. Carl Oppenheimer, Prof. Ballab, Prof. Herrn. Levy, sowie Rechtsanwalt Dr. Oppenheimer von der Kriegsgüterde-Gesellschaft, Bamser als Vertreter der Zentralerkaufsgesellschaft, Ranig für den Deutschen Landwirtschaftsrat, Direktor Dr. Kuczynski-Schöneberg, Bürgermeister Dr. Balli-Bergedorf für die Hamburger Kriegshilfe. Der Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Reichstagsabg. Robert Schmidt, gab ein interessantes Bild über die Organisa-

tionarbeit und die Entwicklung der deutschen Konsumentenbewegung, die heute von mehr als sieben Millionen Mitgliedern, mit Angehörigen also 25 Millionen Verbrauchern oder 1/3 des deutschen Volkes getragen wird. Ueber die volkswirtschaftliche Tätigkeit des Kriegsausschusses hielt Universitätsprofessor Dr. Walb. Zimmermann einen eindrucksvollen Vortrag. Er konnte eine Reihe von Erfolgen der Bemühungen des Ausschusses im Reich, in den Bezirken der Oberkommandos, und den Gemeinden anführen. Die Aussprache über beide Vorträge brachte außer der einstimmigen Billigung der Vorstandsmaßnahmen eine Reihe wichtiger Anregungen. Ferner erstatteten die Bezirksorganisationen Berichte über ihre umfangreichen Arbeiten in der Provinz. In diesen Erörterungen beteiligten sich Geh. Justizrat Prof. Dr. Erman-Münster (Weiß), Dr. Volkhoff-Mühlhörn, D. Lic. Weber-Bonn, Dr. Bornstein-Dresden u. a. Wiederholt wurde hervorgehoben, daß entgegen der von einigen interessierten Stellen verbreiteten Auffassung der Kriegsausschuss nicht mittelstandsfeindlich sei. Nur gegen die Auswüchse des Geschäftslebens während des Krieges werde wie bisher energisch Front gemacht. Der soziale Geschäftsmann, der angemessene Preise fordere, brauche die Konsumentenorganisation nicht als Gegner anzusehen. Zum Schluss empfahl im Auftrag des Gesamtverbandes Reichs- und Landtagsabg. Wiesbert die Durchführung und Weiterfinanzierung der Bewegung zunächst bis zum 31. Dezember 1915. Der Vorschlag fand einstimmig Unterstützung. Nach kurzer Pause sprach dann C. H. Rat Prof. Dr. Jung-Wein über das Thema: „Die Sicherung der künftigen Ernte für die Konsumenten“. Seine überaus beachtenswerten und mit lebhaftem Interesse verfolgten Ausführungen sind in den untenstehenden Rückblicken des Gesamtverbandes zum Ausdruck gebracht. In der Diskussion fanden die Auffassungen der Konsumenten, des Deutschen Landwirtschaftsrates, sowie der Kriegsgüterde-Gesellschaft eingehende Behandlung. Besonders treten hervor Prof. Ballab, Schlad-Mohn, v. Berlach, Rechtsanwält Dr. Oppenheimer, Justizrat Eichenbach usw. Angesichts der durch sie vertretenen verschiedenen Interessen waren diese Erörterungen naturgemäß äußerst lebhaft und lehrreich. Mit besonderem Nachdruck wurde von Konsumentenvertretern betont, daß der Krieg eine Zeit für die Gesamtheit, keine Zeit für den einzelnen zur Bereicherung und Ausnutzung seiner Mittelvermögen sein dürfe. Der Gesamtverband der Tagung war rechtlich befriedigend. Eine Uebereinstimmung bei den zahlreichen in Friedenszeiten vielfach scharf divergierenden Ständen und Richtungen über alle wesentlichen Forderungen und Maßnahmen der organisierten Verbraucher trat hier in die Erscheinung, daß sie dem ganzen deutschen Volke alle Zeit als Vorbild dienen kann.

Die einstimmig gebilligten Richtlinien zur Frage der Erntesicherung für die Konsumenten haben folgenden Wortlaut:

1. Sicherstellung auskömmlicher Nahrungsmittel (vor dem Vieh) zu erträglichen Preisen.
 - a) Beschlagnahme hinreichender Mengen von Brotgetreide, Hafer, Gerste, Hülsenfrüchten, sowie von Kartoffeln auf Großgütern für den Jahresbedarf von 70 Millionen Menschen; öffentliche Entengewinn- und Erntungsbesugnisse für andere elementare Nahrungsmittel wie Magermilch, Butter (bei Mangel sonstiger Fettsäuren), Fleisch, Zucker usw. auf Grund eines physiologischen Mindestbedarfsplanes.
 - b) Fortführung und gegebenenfalls Weiterbildung des gemeinwirtschaftlichen Verteilungsverfahrens nach Stopfmenne für Brot usw.
 - c) Systematische Durchbildung der Höchstpreisfestsetzung für Produzenten und Händler (prozentuale Vermittlungsvergütung) mit zeitlich gestaffelten Lagerungszuschlägen, Verkaufszwang, Verkaufserlöse für Gemeinwesen, gemeinnützige Institute usw. Eisenbahntarifpolitik, Reichsvergütungen für Auslandsbezüge, rückwärtslose Anwendung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 138) und des Reichsstrafgesetzbuches (§§ 263 und 302 a) gegen wucherische Ausbeutung der Notlage des Reiches und seiner Bürger.
 - d) Systematische Herstellung und Aufweicherung von Dauerwaren, Dörrgemüsen, Trockenkartoffeln usw. Beschränkung der Trinkbranntwein- und Biererzeugung. Pflege der öffentlichen Bürgerspeisungen. Einschränkung des „Strohens“ wichtiger Lebensmittel.
2. Öffentliche Ordnung der Viehhaltung und der Futtermittelversorgung.
3. Voraussetzungen: Errichtung einer Reichsernährungsbehörde im Zusammenwirken mit selbständigen Behörden für dezentralisiert verwaltete einheitliche Wirtschaftsbezirke in den einzelnen Reichsgebieten. Zuziehung der Konsumentenvertretungen bei allen Maßnahmen der Behörden in der Ernährungsfrage. Förderung der Erntezugung und -einbringung mit gebliden, technischen und organisatorischen Reichsmitteln. Sorgsamste Ernteschätzung. Bestandsaufnahmen für sämtliche wichtigen Nahrungs- und Futtermittel, wie für landwirtschaftliche Vertriebsstoffe in ständiger Wiederholung, zum ersten Male sofort nach der Ernte, mit Deklarationszwang und mit schärfsten Strafbestimmungen für Falschmeldungen. Einziehung der verschwiegenen Vorräte. Errichtung städtischer Lebensmittelämter in allen größeren Gemeinden.

Verbandsnachrichten

Sie machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 30. Mai, der 13. Wochenbeitrag für das Jahr 1915 fällig ist.

Dortmund. Die vierteljährliche Konferenz der Verwaltungsstelle fand am 16. Mai, nachmittags 2 Uhr, in Dortmund statt. Die Tagesordnung umfaßte folgende

Punkte: 1. Ergänzungswahl des Vorstandes; 2. Abrechnung vom 1. Quartal 1915; 3. Regelung der Bureaustunden; 4. Vortrag; „Unsere Frühjahrsgitation während des Krieges“; 5. Verschiedenes. Kollege Beck eröffnete mit einer kurzen Ansprache an die Delegierten, in der er besonders der gefallenen Kollegen, sowie der im Felde stehenden gedachte, die Sitzung. Die Anwesenheitsliste ergab, daß von 24 Zahlstellen 19 vertreten waren. Nach Verlesung des Protokolls der letzten Konferenz wurden in den Vorstand die Kollegen Beck-Dortmund, Bornemann-Görbe, Kräft-Dortmund, Meidert-Husen-Courl, Smidia-Lünen und Seidler (Zimmerer) gewählt. Kollege Beck dankte allen Kollegen für ihre bisherige Tätigkeit und für die bereitwillige Annahme der Wahl und er knüpfte daran den Wunsch, auch in Zukunft in dieser Weise mitzuarbeiten; dadurch würden wir am besten unseren im Felde stehenden Kollegen den Beweis erbringen, daß wir hier in Dortmund und in den Landzahlstellen das uns übergebene Erbe nicht allein erhalten, sondern ausbauen und vergrößern würden. Ueber die Quartalsabrechnung der Verwaltungsstelle seien folgende Zahlen angegeben: Ausgenommen wurden 32 Kollegen. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug 1160,57 M. Die Einnahme der Lokalkasse inkl. Bestand vom letzten Quartal betrug 32 636,51 M. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schlusse des ersten Quartals 376, ist aber mittlerweile auf 450 gestiegen. Daraus ergibt sich, daß auch im Kriege noch Kollegen gewonnen werden können, nur muß jeder noch mehr als bisher in der Agitation tätig sein. Nachdem Kollege Beck noch einzelne Ausführungen über die Abrechnung gegeben, wurde demselben einstimmig Entlastung erteilt. Die Bureaustunden wurden in der Weise geregelt, daß der Kollege Beck Montags, Mittwochs, Freitags, Samstags und Sonntags in Dortmund ist, dagegen Dienstags und Donnerstags in den Landzahlstellen. Kollege Koch-Bochum sprach über unsere Frühjahrsgitation im Kriege. Einleitend wies er auf den Krieg und seine Begleiterscheinungen hin. Die Notwendigkeit einer weitgehenden Handels- und Weltpolitik Deutschlands habe die Mißgunst des schönen Albion und die Verwerflichkeit seiner Pläne veranlaßt. Die großen Siege unseres Heeres, unserer Marine und die Tätigkeit der Daheimgebliebenen zeuge von dem Geiste eines Volkes, dem es möglich sein würde, unsere Feinde niederzurufen. Leider seien auch einige unseres Volkes in diesem ersten Ringen zu Kuscentern geworden. Ein auf das Wohl des Ganzen gerichteter Geist habe nicht alle durchdrungen. Die Regierung müsse in der Organisation der Versorgung mit Lebensmitteln das allgemeine Mitwirken des Volkes begünstigen und dessen Anschauungen Rechnung tragen. Vieles ist von den Organisationen der christlichen Gewerkschaften während des Krieges zum Wohle der Allgemeinheit geschehen. Darum auch deren Notwendigkeit während und erst recht nach dem Kriege. Redner bespricht sodann die Tätigkeit und Agitation auf der Baustelle, in den Versammlungen, Vereinen, ja, in allen Institutionen, wo wir unserem Verband nützen können. Kollege Beck dankte dem Referenten für seine Ausführungen. Die anschließende Diskussion war eine sehr rege. Besonders wurde hervorgehoben, daß nicht einzelne, sondern alle Kollegen dafür sorgen möchten, Baudelegierte auf den Baustellen zu wählen, dieselben zu schützen und ihnen bei der Kontrolle und Agitation behilflich zu sein. In Punkt „Verschiedenes“ wurde angeregt, einen kleineren Bericht allen Kollegen der Verwaltungsstelle ins Feld zu senden, damit auch diese erfahren würden, daß in den Zahlstellen, trotz der Einberufung der Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute, doch emsig zum Wohle des Verbandes gearbeitet werde. Mit dem Wunsche, daß alle Kollegen, die zur Fahne einberufen, recht bald und in voller Gesundheit wieder bei uns weilen könnten, wurde die Konferenz um 6 Uhr geschlossen.

Gerichtliches

sk. Unerlaubte Zurückbehaltung von Krankenkassen- und Invalidenversicherungsbeiträgen. Wegen eines Verzehens gegen § 533 (unerlaubte Zurückbehaltung von Krankenkassenbeiträgen) und § 1492 (unerlaubte Aneignung von Arbeitnehmerbeiträgen für die Alters- und Invalidenversicherung) der Reichsversicherungsordnung hat das Landgericht Düsseldorf am 19. November 1914 den Stufenleitermeister Johann Frischhorn in Düsseldorf zu insgesamt einem Monat Gefängnis verurteilt. Frischhorn zog in den letzten Jahren zwar regelmäßig seinen Arbeitern den auf sie entfallenden Anteil an den Beiträgen zur Alters- und Invaliden- und zur Krankenversicherung vom Lohne ab, führte aber mehrmals diese Gelder nicht der Gemeinsamen Ortskrankenkasse zu, die auch die Kassengeschäfte der Invalidenversicherung erledigt, sondern behielt sie für sich und verwendete sie zu seinem eigenen Nutzen. So hat er in den Jahren 1910-1914 der Krankenkasse an Invaliden- und Altersversicherungsbeiträgen 140 M und an Krankenkassenbeiträgen 496 M vorenthalten und sich angeeignet. Er will dies nur getan haben, weil er im Geschäft mit Verlust arbeitete und andererseits nicht zahlen konnte, und stellte jede Ansicht, die Krankenkasse zu schädigen, in Abrede. Dies entspricht ihm aber nicht. Die Reichsversicherungsordnung verlangt weder eine Schadloshaltung, noch eine Verzinsung, sondern den einfachen Betrag der widerrechtlich vorenthaltenen Beiträge. Der Verurteilte ist gegenüber der kassengebührenden Stelle, der hier davon gegeben ist, daß Frischhorn keinen Willkürspruch durch das Zurückbehalten und Vorenthalten verurteilt. Da die Zurückbehaltung der Krankenkassenbeiträge durch Frischhorn nicht nur die Zahlung der Beiträge durch die Krankenkasse, sondern auch die Zahlung der Beiträge durch die Krankenkasse zu verzinsen. Er erhielt nach § 1492 bei Rück-

versicherungsbildung, da die Strafbestimmungen selber Gesetze völlig gleich sind. Mildernde Umstände wurden ihm wegen der langen Dauer und des hohen Betrags der Hinterziehung versagt. — Frischhorn Revision, die die Schadensberechnung bemängelte und zur Entschuldigungsverbände, er habe die Gelder stets nur zur Lohnzahlung verwendet, hat jetzt das Reichsgericht auf Antrag des Reichsanwalts als unbegründet verworfen. (Mittwoch, S.D. 22/15, Leipzig, 15. Febr.). (Nachdruck verb.)

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahmen. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzuliefern.)

Dortmund. Am Freitag, 14. Mai, ereignete sich auf der Baustelle „Sauerstoff-Fabrik“ der Firma Duxer ein Bauunfall, wobei fünf Mann verunglückten. Die Ursache des Unfalles war Ueberlastung des Gerüsts mit Baumaterial. Zwei Mitglieder unseres Verbandes mußten ins Krankenhaus überführt werden. Die Kollegen mögen doch an diesem Unfall orientiert werden, er erkennen, daß auch sie selbst an der Baustelle auf alles achten müssen, um sich vor Schaden zu hüten.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

Albert Hilmer aus Röderberg (Tippel-Dehmold).
Heinrich Dickmann aus Albayen (Sr. Gözter).
Zahlstelle Bochum.

Stanislaus Sprucinski.
Zahlstelle Posen.

Franz Emmerich.
Joh. Hümb.
Zahlstelle Essen.

Joh. Fröhlich.
Zahlstelle Neffelröden.

Karl Rünfeler.
Zahlstelle Hannover, Dachbeder.

Jakob Eug.
Adam Rothenthaliger.
Adam Weidenauer.
Zahlstelle Lampertheim.

Heinrich Humpert.
Zahlstelle Gledobehausen.

Joh. Lewandowski.
Verwaltungsstelle Berlin.

Joh. Schadla.
Zahlstelle Düsseldorf, Maurer.

Hubert Moll.
Zahlstelle Hauset.

Hubert Ostländer.
Zahlstelle Raeren, Studienteure.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Durch den Krieg wurden uns bisher 871 brave Kollegen entzissen.

Am 9. Mai starb unser langjähriges Mitglied **Franz Soria.**
Zahlstelle Aachen, Maurer.

Am 16. Mai starb unser lieber Kollege und Mitbegründer der Verwaltungsstelle Hannover, **Karl Hüther,** an Lungenentzündung.
Verwaltungsstelle Hannover.

Es starb unser Kollege **Umand Gies** an Magen-schwär.
Zahlstelle Kaiserau.

Ehre ihrem Andenken!

Bücherchau

Der Krieg und die christlichen Gewerkschaften betitelt sich eine von Theodor Brauer (Köln) verfaßte Broschüre, die als Nr. 7 der vom Sekretariat Sozialer Studentenarbeit (W. Glabbech, Preis 15 Pf.) herausgegebenen Schriftenreihe „Der Weltkrieg“ (soeben erschienen) ist. Der Verfasser, der selbst mitten im christlichen Gewerkschaftsleben drinsteht, weist eingangs auf die staatsbürgerliche Erziehungstätigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung vor dem Kriege hin. Die Kämpfe um die Reichsfinanzreform im Jahre 1909 hätten den Aufstoß gegeben, die „stets betriebene staatsbürgerliche Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder systematisch auszufallen und intensiv zu betreiben. Schon in der Flugblatt- und sonstigen Literatur jener Tage zeichnen sich die Pläne des Gedankenganges ab, den zu popularisieren heute die Besten unseres Volkes sich bemühen, der unser Volk von der Bedeutung des deutschen Gewerkschafts in der Welt durchdringen und ihm den Willen einflößen soll in tatkräftigen, selbstständigen Parteilichkeit im Weltkampfe. Nicht Unbedeutend ist die Broschüre, so wurde damals schon den christlichen Arbeitern gesagt, braucht Deutschland Hilfe, um die Welt zu beherrschen und die Welt zu beherrschen. Die Broschüre ist für die christlichen Gewerkschaften ein wertvolles Dokument. Sie zeigt, daß der Krieg

Deutsche Reich im Interesse seiner Selbsterhaltung ein starken Wehrmacht nicht entraten. „Und wenn diese notwendig ist, müssen auch die Mittel dazu bewilligt werden“ — auch im Interesse der Lohnarbeitende die an der ruhigen Weiterentwicklung der deutschen Volkswirtschaft aufs lebhafteste interessiert seien. Diese beiden christlich-nationalen Gewerkschaften vertretenen Gedankengänge entzogen sie der Pflicht, nach dem Ausbruch des Weltkrieges irgendwie umzusetzen. Mit voller Berechtigung heißt es in der Broschüre (S. 5): „Der Krieg brachte mit seinen Begleiterscheinungen den christlichen Gewerkschaften eine grandiose, in ihrer Art überwindende Bestätigung ihrer Grundsätze.“ Die Ergebnisse der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hätten jetzt sowohl im Schützengraben wie hinter der Front segensreich im Interesse der Gesamtnation gewirkt. — Die Schrift behandelt in ihrem zweiten Teil in großen Zügen die praktische Wirksamkeit der christlichen Gewerkschaften während des Krieges, eine Darstellung, die von der herzhafsten Schaffensfreudigkeit der Arbeiterverbände bereichertes Zeugnis ablegt. „Ueberaus sind die christlichen Gewerkschaften dabei: heissen, rätend, anregend und fördernd. Mit klarem Blick für das was im Augenblick zunächst not tut, eingehend jenes Wortes, das man jetzt variieren könnte: Wer den Vermissen seine Zeit genug getan, der hat gelebt für alle Zeiten!“

Liste unter russischer Herrschaft. (26. August bis 12. September), ein Erinnerungsbuch an Tilsit den wirkligen Tage während des ersten Russeneinfalles, 124 Seiten stark, mit 60 Abbildungen, Preis 2 M. Verlag: Buchdruckerei Pawlowski-Tilsit. Eine besonders wirkungsvolle Darstellung des ersten Russeneinfalles im August und September 1914 in Ostpreußen findet in dieser Schrift die Zeit der Russenherrschaft in Tilsit. Sie schildert die bangen Erwartungen der Bewohner nach der Zurückkehr der deutschen Streitkräfte, das erste Auftauchen kleinerer russischer Abteilungen in der Stadt und ihren Wiederabzug die schlechtlie Befehle durch ein russisches Kommando das Verhalten der Russen, die auf Befehl des Kommandanten getroffenen Maßnahmen (eine besonders eingehende Schilderung finden die Anordnungen für die politischen Tageszeitungen Tilsits, die während dieser Zeit unter russischer „Zensur“ standen), den Durchmarsch zweier russischer Divisionen von Taurrogen her und schließlich die Nacht am 12. September und die glückliche Befreiung der Stadt. Einen besonderen Wert erhält die Darstellung durch 60 in den Text eingefügte Abbildungen nach photographischen Aufnahmen eines Tilsiter Photographen und nach Aufnahmen, die von russischen Offizieren gefertigt wurden und sich nach ihrer Gefangennahme vorfinden. Ein großer Teil dieser Aufnahmen gewährt infolge dessen einen interessanten Einblick in das russische Lagerleben und in das Treiben der Russen in ihren Feststellungen, der sonst uns als Deutschen nicht möglich gewesen wäre. Die Schrift bildet ein hübsches und bleibendes Andenken an jene Zeit und eignet sich vorzüglich als Geschenk für Verwandte und Freunde, die ein Interesse für die kriegerischen Ereignisse in Ostpreußen haben.

Gemeinnützige

Deutsche Volksversicherung

Kollegen, schützt Frau und Kinder

für den Fall Eures frühzeitigen Todes, **sorgt** für Euer Alter sowie für die Ausbildung u. Aussteuer oder den Sterbefall Eurer Kinder bei unserer gemeinnützigen Volksversicherung.

Alle Gewinne fließen den Versicherten zu.

Zentralverband christl. Bauarbeiter Deutschlands

Bestellt unverbindliche Auskunft kostenlos bei dem **Generalsekretariat der Christl. Gewerkschaften** Köln a. Rhein, Venloer Wall 9